

Orbán: Politiker schweigen zur Christenverfolgung

Mehr als 600 Teilnehmer bei internationaler Konferenz in Budapest

UNGARN Bereits zum zweiten Mal nach 2017 hat die ungarische Regierung eine internationale Konferenz zum Thema verfolgte Christen veranstaltet. Über 600 Vertreter aus Politik, Religion und Gesellschaft aus 40 Nationen nahmen in der ungarischen Hauptstadt Budapest daran teil. In seinem Grußwort kritisierte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, dass viele europäische Politiker zur weltweiten Christenverfolgung schwiegen. Vier von fünf Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt würden, seien Christen – 2018 seien es über 245 Millionen gewesen. Eine „rätselhafte Kraft“ verschließe den europäischen Politikern trotzdem den Mund. In Europa gebe es aber auch „Attacken“ auf die christliche Zivilisation.

Konkret zählte er „Bevölkerungsaustausch, Einwanderung, Stigmatisierung, Verspottung“ sowie den „Maulkorb der politischen Korrektheit“ auf. In Ungarn hingegen gebe es eine Mehrheit, die den Schutz der „christlichen Kultur“ fordere. Orbán ist Mitglied der reformierten Kirche. Seine Ehefrau und seine fünf Kindern gehören zur römisch-katholischen Kirche.



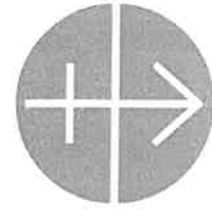


Idea Spektrum Schweiz
9214 Kradolf
071 642 44 21
www.ideaschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Spezial- und Hobbyzeitschriften
Auflage: 4'200
Erscheinungsweise: 48x jährlich



Seite: 30
Fläche: 29'810 mm²



Auftrag: 1093491
Themen-Nr.: 140.003

Referenz: 75708620
Ausschnitt Seite: 2/2

Syrisch-Orthodoxer Patriarch: Warum handeln nur wenige?

Der Patriarch der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien, Moran Mor Ignatius Aphrem II. Karim, sagte laut der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), dass die Schreie von verfolgten Christen im Nahen Osten von vielen nicht gehört würden. Nur wenige Verantwortungsträger hätten etwas unternommen, um der Bedrohung des Christentums in seiner Ursprungsregion etwas entgegenzusetzen. Der chaldäisch-katholische Erzbischof im irakischen Erbil, Bashar Warda, äußerte die Hoffnung, dass mehr europäische Politiker auf die Christenverfolgung im Nahen Osten reagierten. Unter den Teilnehmern der Konferenz waren auch Mitarbeiter deutscher Organisationen, etwa des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ (München) und der ojcos-Stiftung. Der für die Stiftung tätige „Politische Fürsprecher für Religionsfreiheit im Irak“, David Müller (Reichelsheim/Odenwald), bezeichnete die Konferenz gegenüber idea als eine gute Möglichkeit, Akteure und Betroffene zu vernetzen. Allerdings habe er grundsätzliche Anfragen an die exklusive Förderung von Christen durch die ungarische Regierung: „Um Frieden zu erreichen, muss das Ziel eine Gleichberechtigung aller Bürger sein – unabhängig von ihrem Glauben.“ Auch habe der Aspekt langfristiger Unterstützung durch politische Einflussnahme sowie die Situation der Konvertiten leider keine Rolle gespielt

